

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen in der
Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR**

Resolution zur auskömmlichen und nachhaltigen Finanzierung des ÖPNV

Die Situation der rasant steigenden Energiekosten aufgrund der Ukraine-Krise hat sich in den letzten Wochen weiter verschärft. Dieser erhebliche Effekt steht dabei nicht allein. Zusätzlich laufen nach wie vor Einnahmenschwünge aufgrund des durch die Corona-Pandemie nicht eingetretenen Fahrgastzuwachses und Mehrkosten der inflationsbedingt steigenden Bau-, Energie- und Personalkosten auf. Allein der Preis für Hochspannungsstrom steigt lt. statistischen Bundesamt im Vergleich Juli 2021 zu Juli 2022 um gute 163 %. Der Dieselpreis steigt im Vergleich Juli 2021 zu Juli 2022 um gute 46 %.

VRR-weit ist somit für das Jahr 2022 mit einer Finanzierungslücke von 119 Mio. € im SPNV 2022 zu rechnen. Für das Jahr 2023 wird ein Fehlbetrag in Höhe von 203 Mio. € für den SPNV im VRR erwartet. Auch der straßengebundene ÖPNV (ÖSPV) verzeichnet derzeit einen steigenden Finanzierungsbedarf (VRR-weit in 2022: 60 Mio. € und 2023: 296 Mio. €). Gesamthaft ergibt sich für das Jahr 2022 eine Finanzierungslücke von 179 Mio. € und für das Jahr 2023 in Höhe von 499 Mio. €.

Mit den derzeit zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmitteln ist die Finanzierung des Status quo des ÖPNV in NRW daher nicht mehr gesichert.

Gleichzeitig erfordern die vom Bund ehrgeizig gesetzten Klimaschutzziele auch im Verkehrssektor erhebliche Anstrengungen. Ein wesentlicher Bestandteil zur Erreichung der Klimaschutzziele ist dabei der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs als Alternative zum Autoverkehr. Die Bundes- und Landesregierung streben hierbei die Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV vom Jahr 2019 bis zum Jahr 2030 bzw. eine Erhöhung des ÖPNV-Angebots um mindestens 60 % an. Es handelt sich demnach um eine deutliche Wertsteigerung des ÖPNV.

Auch die Umsetzung eines Klimatickets stellt ein Anreiz zur Nutzung des ÖPNV dar und trägt damit zur Erreichung der Klimaschutzziele bei. Diesen Beitrag kann ein Klimaticket nur leisten, wenn durch die Sicherung der Bestandsverkehre und durch den zusätzlichen Ausbau der Verkehrsleistung der ÖPNV attraktiv bleibt bzw. an Attraktivität gewinnt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Situation ist die für die Erreichung der Klimaschutzziele zwingend notwendige Ausweitung des Leistungsangebots und die Umsetzung eines Klimatickets nicht realisierbar. Vielmehr drohen aufgrund der schon im Jahr 2022 vorliegenden Finanzierungslücke deutliche Einschnitte im Verkehrsangebot durch Abbestellungen von Leistungen und schmerzhaftes Ticketpreiserhöhungen.

Wir stellen klar,

- dass das Ziel der Verdoppelung der Fahrgastzahlen bzw. der Erhöhung des Angebots um mindestens 60 % nur mit einer nachhaltigen und auskömmlichen Finanzierung seitens des Bundes und des Landes erreicht werden kann.
- dass zur Umsetzung eines Klimatickets als Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele die Finanzierung der Bestandsverkehre sowie der zusätzliche Ausbau der Verkehrsleistungen im ÖPNV durch Bund und Land sichergestellt sein muss.

Wir fordern daher,

- dass die Bundesregierung und die Landesregierung ihren finanziellen Beitrag zur Sicherung der Bestandsverkehre leisten.
- dass sich die Bundesregierung zu ihren ehrgeizigen Klimaschutzziele, dem damit verbundenen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und der in diesem

Zusammenhang zwingend erforderlichen auskömmlichen und nachhaltigen Finanzierung bekennt.

- dass die Bundesregierung den Ausführungen der Verkehrsministerkonferenz folgt und
 - o ab dem Jahr 2022 die Regionalisierungsmittel nachhaltig um 1,5 Mrd. €/p. a. bundeweit erhöht,
 - o zusätzlich für die Jahre 2022 und 2023 jeweils 1,65 Mrd. € bundeweit für die Bewältigung der Energie-Krise bereitstellt sowie
 - o zur Fortführung des Corona-Rettungsschirms im Jahr 2023 1 Mrd. € bundeweit zur Verfügung stellt.

- dass sich Bund und Land zusätzlich zum SPNV auch mit einem nachhaltigen Beitrag an der Finanzierung des ÖSPV beteiligen.



Guido Görtz

Duisburg, 15. September 2022

Vorsitzender der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr



Erik O. Schulz

Verbandsvorsteher des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr

Vorsitzender des Verwaltungsrates der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR



Frank Heidenreich

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr

CDU



A handwritten signature in blue ink, appearing to read "A.C.W." with a stylized flourish.

Axel C. Welp

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "N. Schilff" with a stylized flourish.

Norbert Schilff

Vorsitzende der SPD-Fraktion im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Norbert Czerwinski" with a stylized flourish.

Norbert Czerwinski

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "M. Foltys-Banning" with a stylized flourish.

Martina Foltys-Banning

Vorsitzende der Fraktion B90/Die Grünen im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr